

Haushaltsrede der Fraktion B90 / Die Grünen

Liebe Steinheimer:innen,
werte Kolleg:innen,
geschätzte Vertreter:innen der Verwaltung,

es kann ja kein Zufall sein, dass die Beratungen zum Haushalt unserer Stadt in die Zeit nach Fasching, in die Zeit nach Jubel, Trubel, Heiterkeit, in die Zeit nach der großen Partyausgelassenheit fällt. Als gläubiger Mensch glaube ich ja nicht daran, dass das Leben aus lauter Zufallsprodukten besteht. Nein, bei diesen Beratungen muss es für jeden im freien Fall ab in die Katerstimmung, oder noch schlimmer, in eine ausgewachsene Depression gehen. Die Verwaltung gibt ihren mentalen Status zum Haushalt 2024 mehr oder weniger auch offen und schonungslos zu. Der Haushalt ist optisch in einem offensichtlich depressiven Grau gehalten. Herrn Winterhalter, so mein oberflächlicher Eindruck, hat es bei der Einbringung des Haushalts ob der massiven negativen Vorzeichen und dem Berg an gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben, so konnte man meinen, regelrecht die Stimme verschlagen. Ich kann mich aber auch täuschen. Und Herr Retter war bei seiner Präsentation auch weit davon entfernt, etwas weihnachtliche Stimmung zu verbreiten und das Kommen des Retters zu verheißen. Gefühlt war da kein Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Es wäre bei diesem Soundtrack nicht einmal verwunderlich gewesen, wenn dann gleich der Insolvenzverwalter um die Ecke gekommen wäre.

Die wichtigsten Zahlen geben ihnen ja auch recht. Trotz allergrößter Anstrengungen aller Akteure in Verwaltung und Gemeinderat und einigen Sparrunden übersteigen unsere Aufwendungen unsere Erträge um den Betrag von sage und schreibe 2,274 Mio. €. Ohne einmalige außerordentliche Erträge stünde dieses Minus sogar bei fast 3,5 Mio. €. Mit diesem dicken Minus starten wir in das Haushaltsjahr 2024. Das alles wäre ja hinnehmbar, wenn 2024 ein einmaliger Ausreißer nach unten wäre und die kommenden Jahre Besserung versprechen würden oder ein ausgeglichener Haushalt am Horizont sich zumindest schemenhaft abzeichnen würde. Aber Pustekuchen, nichts von alledem, das veranschlagte Minus beim Gesamtergebnis kommt laut Finanzplan (S. 6) nicht in eine Erholungsphase, sondern wächst sukzessive bis ins Jahr 2027 auf fast 3,5 Mio. €. Und wenn wir alle Investitionsvorhaben in den kommenden vier Jahren – wir sprechen von 37 Mio. € Investitionsvolumen - so durchziehen, wie es dieser Haushalt und seine Finanzplanung es vorsieht, dann werden uns und unsere Nachfolger:innen im Amt die dafür notwendigen Kredite in Höhe von 32 Mio. € als horrende Zinsaufwendungen (2027: 1,46 Mio. € vgl. S. 5) und Auszahlungen für deren Tilgung (2027: 1,18 Mio. € vgl. S. 12) für lange, lange Jahre wie ein Mühlstein an unserm Hals hängen.

Keine Frage, es lässt sich nicht schönreden, unser Haushalt hat ein strukturelles Problem. Mein Gott, wie kommen wir nur aus diesem Teufelskreislauf heraus? Und wie lange wird uns die Kommunalaufsicht gnädig sein und uns trotz jahrelangen Minusbilanzen ihren Segen erteilen, das heißt unserem Haushalt die erforderliche Genehmigung gewähren? Es ist kein wirklicher Trost zu wissen, dass wir dieses Schicksal mit ganz, ganz vielen Kommunen teilen, es ist kein wirklicher Trost, dass wir diese strukturelle Schiefelage zum großen Teil nicht selbst verschuldet haben. Die Erhöhungen bei den Personalaufwendungen um fast 2 Mio. € (S. 4) haben wir genau so wenig erfunden wie die Erhöhung der Zuführungen an übergeordnete

staatliche Ebenen. Die Inflation und die ganze Preistreiberei bei Strom, Gas, Transport und den ganzen Lieferketten hat keine hausinternen Ursachen. Die Hauptursache ist die verbrecherische Kriegstreiberei von Herrn Putin. Sie ist die Ursache dieser verstörenden Entwicklungen. Ohne den 24.02.2022 sähe es auch im Haushalt unserer Stadt anders aus.

Um nicht missverstanden zu werden: Gott sei Dank ist es den Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen gelungen, die Reallohnverluste aufgrund der Inflation auch für unsere Beschäftigten so einigermaßen auszugleichen. Und natürlich brauchen übergeordnete staatliche Ebenen eine vernünftige finanzielle Ausstattung, um ihren spezifischen Aufgaben für unsere Bürger:innen auch einigermaßen nachzukommen. Nur: Die Finanzierungssystematik, mit der das alles bezahlt wird, lässt die am unteren Ende, die Kommunen langsam ausbluten. Deshalb fordern wir hier eine echte, kommunenfreundliche Finanzreform, sonst wird das alles noch böse enden, bei uns, den Kommunen. Wie wäre es denn z.B., wenn bei der anteiligen Verteilung der Einkommenssteuer eine Formel für die Kommunen eingebaut wird, die Tarifierhöhungen sagen wir mal ausgleicht? Okay, das würde bei keiner Regierung und vermutlich auch bei keinem Parlament Jubelstürme auslösen, aber so was, in der Art, fänden wir angesichts der Entwicklung der Kommunalfinanzen in der ganzen Republik, irgendwie schon gerechtfertigt.

Ich sagte ja schon, dass ich nicht an Zufälle glaube. Kirchlich sozialisierte Menschen wissen ja, wie die Zeit zwischen Faschingsende und Ostern, zwischen Aschermittwoch und Ostern in deren Sprache genannt wird. Richtig: Fastenzeit. Und nein, ich halte es für keinen Zufall, dass die Haushaltsberatungen 2024, in diesem Jahr, in die Fastenzeit fällt. Idealerweise ist die Fastenzeit eine Zeit, in der der Mensch 40 Tage lang Orte aufsucht, die dem Charakter einer Wüste nahekommen, damit er sich völlig losgelöst von seinen sonstigen Fesseln und Abhängigkeiten, von seinen sonstigen Zwängen und Verstrickungen, von seinen sonstigen Ablenkungen und Begehrlichkeiten ganz darauf konzentrieren kann, zu sich selbst zu finden, zu dem, was wirklich wichtig im Leben ist und worauf er in Zukunft sein Leben aufbauen will. Und mal ganz ehrlich: Stecken wir mit unseren Haushaltsberatungen nicht irgendwie mit-tendrin in einem vergleichbaren Prozess, auch wenn wir diesen Prozess nicht freiwillig gewählt haben, sondern aufgenötigt bekamen. Die Fastenzeit bietet sich auch hier als eine Zeit der Neuorientierung auf das Wesentliche direkt an. Ich glaube nicht an Zufälle. Im Alten Testament gingen so manche Gläubige buchstäblich in Sack und Asche, um ihre Bereitschaft zur Neuorientierung öffentlich zu machen. Ich will nicht so weit gehen, das von unserer Verwaltung oder von uns zu verlangen, auch wenn ich beim Farbdesign unseres Haushalts und beim Sound der Haushaltsrede Anklänge von „Sack und Asche“ finde.

Aber auch der nicht kirchlich sozialisierte Mensch weiß ja durchaus mit dem Begriff „Fastenzeit“ etwas anzufangen. Es ist die Zeit, in der ich Körper und Seele entschlacke und bewusst auf so manche Genussmittel verzichte. Auch da geht es um einen inneren Reinigungsprozess. Entschlackung, Entfettung, Reinigung: Das ist das Ziel jeder Diät. Auch unser Haushalt bedurfte einer ziemlichen Radikaldiät, nicht weil wir in den letzten Jahren vor lauter Überschüssen völlig überflüssige Millionenprojekte aus dem Boden gestampft haben, die kein Steinheimer gebraucht hat und deshalb vor sich hingegammelt sind. Nein, wir wurden zu dieser Radikaldiät gezwungen, weil wir sonst die rote Karte von der Kommunalaufsicht bekommen hätten, also unseren Haushalt nicht genehmigt bekommen hätten.

Wir haben uns in einer einmalig konzertierten Aktion von Verwaltung und Gemeinderat, die Steinheim bisher so noch nicht gesehen hat, hingesetzt, den Haushalt gedreht und gewendet, auf den Kopf gestellt, Streichungen vorgenommen, die mal dem einen, mal dem anderen extrem weh getan haben, bis wir in Summe aus dem Haushalt ein Sparpotential von fast 2 Mio. € herausgepresst haben. Dieses gemeinsame Diätprogramm haben wir der Öffentlichkeit in der Gemeinderatssitzung am 23.01.2024 präsentiert und beschlossen.

Auf diese konzertierte Aktion können wir als Gemeinderat und Verwaltung stolz sein, weil es uns gelungen ist, über alle politischen Unterschiede hinweg einen gemeinsamen Weg aus unserer aktuellen Haushaltskrise zu finden. Es ging um nichts weniger als um Steinheim und darum alles dafür zu tun, einen genehmigungsfähigen Haushalt für unsere Stadt zusammen zu bekommen. Das ist uns gelungen. Ich mag mir gar nicht ausmalen, was bei diesem gemeinsamen Ringen um einen genehmigungsfähigen Haushalt passiert wäre, wenn da eine weitere politische Kraft mit im Spiel gewesen wäre, die kein Interesse an einer Lösung, sondern nur an einer Sabotage demokratischer Lösungsstrategien gehabt hätte, so wie wir es halt von anderen politischen Ebenen kennen. Möglicherweise werden wir in den nächsten Jahren weitere solche konzertierten Aktionen benötigen. Wenn es dann so abläuft wie 2024, ist mir nicht Angst und Bange um die Zukunftsfähigkeit unserer kommenden Haushalte. Und dann halten wir es auch für legitim, unsere Einnahmeseite unter die Lupe zu nehmen. Für uns GRÜNE wäre es nicht nur ein ökologischer Segen, wenn die Regionalversammlung im April der Aufnahme des Hardtwaldes als Vorranggebiet im Regionalplan zustimmen würde, sondern auch ein wirtschaftlicher in Form von Pacht-, EEG- und Gewerbesteuerereinnahmen mit einer wohl sechsstelligen Summe – und das Jahr für Jahr.

Die unübersehbaren negativen Vorzeichen bei unserem aktuellen Haushalt können einem schon massiv auf's Gemüt schlagen und zu einer haushaltspolitischen Depression führen, wo man nur noch schwarz sieht. Die graue Oberfläche des Haushalts lässt ja fast keinen anderen Schluss zu. Wenn man ihn dann aber aufschlägt, kann man doch an manchen Stellen ziemlich lichte Stellen entdecken. Nur einige wenige Beispiele. Wir steigen mit 75.000 € in die kommunale Wärmeplanung ein (vgl. S. 20), für die wir wiederum 60.000 € Fördergelder bekommen. Wir setzen 35.000 € für Zubestellungen bei der Buslinie 444 ein (vgl. S. 108), also für mehr Busfahrten von und nach Höpfigheim. Wir investieren 10.500 € für die Erstellung eines Recruiting Videos (vgl. S. 121), um auf eine ganz neue, ganz coole Weise pädagogische Fachkräfte für unsere Kitas zu gewinnen. Wir stellen 1,17 Mio. € bei der Feuerwehr für die Ersatzbeschaffung Drehleiter ein (vgl. S.185). Wir nehmen 110.000 € in die Hand, um endlich einen Radweg von Höpfigheim nach Murr (vgl. S. 230) ganz neu zu bauen und dem Ausbau des Radnetzes damit einen neuen Schub zu geben. Diese Beispiele aus ganz unterschiedlichen Bereichen zeigen: Steinheim ist nicht tot, Steinheim lebt, in Steinheim, da geht was. Gerade auch in einer angespannten Finanzlage.

Sie wissen es mittlerweile: Ich glaube nicht so recht an Zufälle. Es ist kein Zufall und es ist kein Fluch, sondern eher ein Segen, dass wir gerade in der Zeit, die wir Fastenzeit nennen, auf das größte Haushaltsprojekt, das auch die größten und nachhaltigsten Folgekosten z.B. in Form von Zinsen und Tilgungsleistungen für diesen und viele weitere Haushalte generiert, den Neubau des Rathauses mit allergrößter Sorgfalt schauen. Innehalten und Neuorientierung tut auch und gerade hier gut. Es ist unbestritten hier in dieser Runde bei der Verwaltung und beim Gemeinde-

rat, was wir mit dem Neubau wollten. Wir wollten mehr als einen zentralen Zweckbau, wir wollten mehr als die Zusammenführung der Verwaltung aus vier Standorten an einem, wir wollten mehr als einen modernen Verwaltungsbau, der allen gültigen Regeln der Arbeitsstättenverordnung, des Brandschutzes und der Barrierefreiheit entspricht, wir wollten einen Ort in Steinheim schaffen, an dem das öffentliche Leben für alle – Steinheimer:innen und Auswärtige – zusammenläuft, an dem das politische Leben an einem ganz neuen zentralen Treffpunkt zusammengeführt wird, der zum Hotspot der öffentlichen Begegnung und Kommunikation wird, der die Rolle einer Keimzelle für das Steinheimer Gemeinwohl einnehmen wird und deshalb alles in allem weit mehr als ein reiner Ort der Verwaltung gedacht wurde. Ja, wir wollten eine neue Lebensmitte für Steinheim. Für uns GRÜNE gilt: Wir wollen das weiterhin. Es ist eine Investition in die Zukunft Steinheims und deshalb lohnt es sich, viele Mittel dafür einzusetzen.

Zu jedem Zeitpunkt war uns klar: Das werden wir niemals mit regulären Haushaltsmitteln schaffen, da werden wir Kredite aufnehmen müssen, da werden wir Schulden machen müssen. Zwei Entwicklungen haben bei uns die Notwendigkeit des Innehaltens beschleunigt: 1.) Die nun durch die von uns vergebenen ersten Leistungsphasen ermittelten Gesamtkosten von 27,9 Mio. €, von deren Finanzierung der vorliegende Haushaltsplan mit seiner mittelfristigen Finanzplanung bis ins Jahr 2027 ausgeht (vgl. S. 174), haben alle unsere Hoffnungen und Erwartungen extrem erschüttert. 2.) Genauso erschüttert hat uns die Größe unseres Haushaltsdefizits, das wir zwar mit unserer konzertierten Aktion für dieses Jahr auf ein genehmigungsfähiges Niveau herunterdrücken konnten, das aber leider alle Merkmale eines strukturellen Defizits aufweist. In einer solchen Situation ist es besser, inne zu halten statt auf „Augen-zu-und-durch“ zu schalten. Neuorientierung ist angesagt. Wir GRÜNEN befürworten auch das Denken in Alternativen. Inzwischen liegt uns eine seriöse Alternative vor. Die ist nicht über Nacht entstanden, die ist nicht aus dem Boden gestampft worden, die ist von absoluten Experten seit Januar entwickelt und durchgerechnet worden. Sie bietet das gleiche Raumprogramm, sie bringt, nach allem was wir bei den bisherigen Präsentationen gesehen haben, eine deutliche städtebauliche Aufwertung an dieser Stelle unserer Innenstadt, sie ist, anders als ursprünglich gedacht, unkompliziert umzusetzen und sie besticht dadurch, dass sie um einen relevanten Betrag günstiger ist. Wir sprechen von der Ludwigsburger Straße 2 und 4, vom Umbau des ehemaligen Kaufhaus Groß zu einem neuen zentralen Rathaus. Einen Wermutstropfen hat dieses Projekt: Die Aufwertung des Marktplatzes, die beim Neubau ein integratives Modul gewesen ist, muss nun separat angegangen werden.

Noch ist zwischen den beiden Alternativen kein finaler Beschluss gefasst worden, noch ist der Abwägungsprozess nicht abgeschlossen, noch müssen wir auch schauen, ob es beim Neubauprojekt relevante Spielräume gibt, aber jetzt schon können wir für uns sagen, dass wir auch hier unserer Verantwortung für die gesamte Entwicklung unserer Stadt gerecht werden wollen. Und da stehen wir, Verwaltung und Gemeinderat, allein, was die Entwicklung der Innenstadt angeht, wahrlich vor einer Herkulesaufgabe. Der musste einen Löwen und eine neunköpfige, Menschen fressende Wasserschlange besiegen. Unser Job ist mindestens so anspruchsvoll: Wir wollen und müssen den Niedergang unserer Innenstadt besiegen, wir wollen die glorreiche Auferstehung unserer Innenstadt bewerkstelligen und das alles mit vergleichsweise geringen Eigenmitteln. Gut, wir werden durch Nutzungsbündelungen so manche städtische Immobilie in bares Geld umwandeln können, aber wir werden auch Kredite in nennenswerter Höhe aufnehmen müssen. Die Dimension unserer

Herkulesaufgabe ist uns bekannt. Wir GRÜNE sind momentan aber zuversichtlich, dass wir eine auch für künftige Steinheimer Generationen tragfähige Entwicklungs- und Finanzierungsstrategie aufbauen können.

Wir dürfen uns als Gemeinderäte nicht aus der Verantwortung stellen, die wir in diesem gesamten Prozess gehabt haben und noch haben werden, so groß die Versuchung durch die nahende Kommunalwahl auch erscheint. Alle Fraktionen haben den Neubau Rathaus in allen Etappen bis zum jetzigen Stand einhellig mitgetragen. Nur ein paar wenige Beispiele dazu: Der Gemeinderat hat dem Siegerentwurf des Architekturbüros baurmann.dürr am 21.03.2023 einstimmig zugestimmt. Der Gemeinderat hat den Fachplanungen bis zur Leistungsphase 3 (der Entwurfsplanung) am 26.09.2023 ebenso einstimmig zugestimmt. Sollte der nun einsetzende Abwägungsprozess zu einem anderen als dem ursprünglichen Ergebnis kommen, so wird er hoffentlich frei von populistischen Deutungen sein.

Steinheim ist nicht nur das neue Rathaus, Steinheim ist nicht nur die spannende Revitalisierung des Stadtkerns, Steinheim ist viel mehr. Steinheim ist eine superlebendige, bunte Bürgergesellschaft, Steinheim ist der Leuchtturm Wärmenetz und Steinheim ist die Klimaneutralität. Wir GRÜNEN wollen diesen einmaligen Charakter unserer Stadt mit einigen Anträgen punktuell noch weiter zum Leuchten bringen.

So ist unsere Stadt z.B. noch lange nicht überall barrierefrei. Wir haben hier in den letzten Jahren zwar gewisse Fortschritte gemacht. Manche Einrichtungen und Geschäfte verfügen über Rampen, die mal gut und mal schlecht funktionieren.

Wir GRÜNEN haben in der letzten Haushaltsdebatte den Antrag gestellt, die Gehwege von der Brühl bis zum Kaufland barrierefrei auszubauen. Der Antrag bekam eine Mehrheit – und wurde auch ausgeführt. Das ist nicht unbedingt selbstverständlich gewesen. Auch der Gesetzgeber hat an manchen Stellen nachgeholfen, wie z.B. an der Pflicht, Bushaltestellen barrierefrei umzubauen und mit taktilen Leitsystemen zu versehen. Noch stoßen Menschen mit den unterschiedlichen Handicaps in unserer Stadt auf zahlreiche Barrieren. Und die wollen wir in diesem und in den folgenden Jahren sukzessive abbauen. Barrierefreiheit muss in allen Bereichen eine Selbstverständlichkeit werden. Kein Steinheimer darf in seiner Mobilität behindert werden, jedem soll die barrierefreie Teilhabe am gesamten gesellschaftlichen Leben offenstehen.

Wir beantragen, zum weiteren barrierefreien Ausbau unserer Gehwege 20.000 € bereitzustellen.

Dringenden Handlungsbedarf sehen wir z.B. an der Kreuzung Adalbert-Stifter-Straße /Teichstraße. Da müsste an beiden Seiten der Gehweg abgesenkt werden. Für Rollstuhlfahrer:innen und Mitbürger:innen mit Rollatoren ist das aus eigenen Kräften nicht zu bewältigen. Der Gehweg vom Kauflandkreisel Richtung Wellarium ist auf der Höhe des Behindertenparkplatzes ein weiteres Barriere-Beispiel, wo wir seit Jahren auf einen dringenden Handlungsbedarf aufmerksam gemacht haben.

Ich glaube, so ziemlich jeder träumt davon, dass unsere Innenstadt uns und auch Auswärtige mit einer exquisiten Aufenthaltsqualität zum Verweilen einlädt. Dass wir davon in Steinheim noch ein gutes Stück entfernt sind, liegt nicht nur, aber schon in einem besonderen Maße, daran, dass der Autoverkehr viel zu dominant ist. Jahrzehntlang haben die Entscheidungsträger der verschiedenen politischen Ebenen

ziemlich viel darangesetzt, die Städte in Planung und Ausführung autogerecht zu machen. Da hat mancherorts ein Umdenken stattgefunden. Wir brauchen keine autogerechten Städte, wir brauchen menschengerechte Städte. Es muss uns gelingen, immer mehr Menschen dazu zu bewegen, auf Verkehrsmittel umzusteigen, die unsere Städte von der Last des Autoverkehrs entlasten. Um nicht missverstanden zu werden: Es geht uns nicht um weniger Mobilität, sondern um eine andere, umweltfreundliche und soziale Mobilität. Die Zukunft gehört hier dem Mix aus Bottwartalbahn, Zubringerbusse unterschiedlicher Größe, (E-)Car-Sharing und den natürlichsten Verkehrsmitteln, dem Fahrrad und den eigenen Füßen. Der Umstieg auf das Fahrrad ist aber kein Selbstläufer. Moralische Appelle schmecken bitter und bringen keine Wirkung. Am wirkungsvollsten ist die Verbesserung der Radinfrastruktur, also mehr und bessere Radwege, mehr Schutzstreifen, die Erprobung von aufgeweiteten Radaufstellstreifen an Kreuzungen und Ampeln und sichere Fahrradständer. In diesem Haushalt sind Mittel für den Neubau einer direkten Radwegverbindung zwischen Höpfigheim und Murr eingestellt. Wir haben das in der letzten Haushaltsdebatte gefordert, es hat eine Mehrheit bekommen. Jetzt wird es ausgeführt. Bravo. Wirklich. Aber: Wir dürfen uns jetzt aber nicht darüber in purer Selbstgefälligkeit aalen und die Beine hochlegen, sondern den nächsten Schritt oder die nächsten Schritte ins Auge fassen. Für uns wäre das z.B. die Einrichtung von Radschutzstreifen in der Rielingshäuser Straße und in der Bahnhofstraße vom Steppi-Kreisel bis zur Einmündung in den Radweg nach Murr, denn dieser Teil gehört ja immerhin zu einem überregionalen, dem viel befahrenen „Württembergischer Weinradweg“. Ein weiterer Schritt wäre für uns auch die Einrichtung von aufgeweiteten „Radaufstellstreifen“ an der Ampelkreuzung Kohlreck.

Zur Verbesserung der Radinfrastruktur beantragen wir weitere 20.000 € im Haushalt bereitzustellen.

Eine der offensichtlichsten sozialpolitischen Fehlentwicklungen in unserem Lande ist die Entwicklung der bezahlbaren Wohnungen, genauer gesagt, der Sozialwohnungen. Die kennt leider nur eine Richtung: Nach unten, immer weniger. In aller Kürze: In der alten Bundesrepublik gab es einmal 4 Mio. Sozialwohnungen. Immer mehr fielen aus der Preisbindung heraus. Der soziale Wohnungsbau verabschiedete sich in den Dornröschenschlaf. Heute stehen wir bei gerade noch 1,2 Mio. bei über 6 Mio. Berechtigten. Das Pestel Institut hat dem Landkreis Ludwigsburg letztes Jahr einen Bedarf von über 6.000 Sozialwohnungen ermittelt. Das habe ich Ihnen auch schon letztes Jahr an dieser Stelle dargestellt. Wenn man nun die Einwohnerzahl Steinheims dazu in Relation setzt, kommt da ein rechnerischer Bedarf von weit über 100 Sozialwohnungen für Steinheim dabei raus. Natürlich wäre es spannend ein Institut zu beauftragen, um einen wissenschaftlich fundierten Bedarf für Steinheim zu ermitteln. Wir würden das sofort unterstützen. Im Endeffekt ist es aber entscheidend, ob und was wir daraus machen. Das Ob steht für uns GRÜNE außer Frage. (Fast) Jeder hier in dieser Runde kennt jemanden persönlich, der händeringend nach einer bezahlbaren Wohnung sucht. Deshalb gehört es für uns auch zur kommunalen Daseinsfürsorge. Solange wir als kleine Kommune keine eigene Wohnungsbaugesellschaft mit einem klaren öffentlichen Auftrag haben, müssen wir uns nach anderen Instrumenten umsehen. Wir haben Ihnen im letzten Jahr in diesem Zusammenhang die im Jahre 2022 gegründete „Bürgergenossenschaft Wohnen“ des Landkreises Ludwigsburg vorgestellt. Auf einen kurzen Nenner gebracht: Hier können sich Kommunen mit ihren Grundstücken einbringen. Die Bürgergenossenschaft Wohnen übernimmt das Baumanagement. Das hat sie bisher in drei Kommunen mit insgesamt 51 Wohneinheiten gemacht. Grundstücksangebote aus 5 weiteren Kommunen

liegen vor. Eine weitere Form der Beteiligung ist dort Mitglied zu werden, um direkt an den Erfahrungen und Erfolgen zu partizipieren. Dazu unser Antrag:

Wir beantragen, dass die Stadt Steinheim mit 12 Geschäftsanteilen - das sind 3.000 € - Mitglied in der „Bürgergenossenschaft Wohnen“ des Landkreises Ludwigsburg wird.

„Wer öffentlichen Raum für sich in Anspruch nimmt, der soll sich auch an den Kosten für die Herstellung und Unterhaltung desselben beteiligen“. Ich glaube, diesen Satz würden ziemlich viele unterschreiben. Ist ja eigentlich auch gerecht. Wir, die Stadt Steinheim, stellen Parkraum unentgeltlich zur Verfügung, sozusagen als eine Art Freiwilligkeitsleistung. Das können wir so machen, das müssen wir aber auch nicht. Es gibt nicht wenige Kommunen, die es anders machen. Die Gründe liegen auf der Hand: Die Einrichtung und Unterhaltung öffentlichen Parkraums kostet Geld, also sollen sich die Benutzer daran beteiligen. Auch öffentlicher Raum wird immer knapper, da ist es durchaus legitim, den Ge- und Verbrauch durch eine Gebühr zu lenken. Nein, wir stellen keinen Antrag auf sofortige Einführung einer Parkraumbewirtschaftung. Sondern:

Wir beantragen, die Bereitstellung von 10.000 € für eine Kosten-Nutzen-Untersuchung über die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung.

Sollte der Nutzen höher liegen als die Kosten, spräche aus unserer Sicht nichts dagegen. Im umgekehrten Fall lassen wir es halt, aber wissen sollten wir es schon.

Von uns GRÜNEN sind Sie es seit Anfang an gewohnt, dass wir nicht nur Anträge mit einem Mehraufwand an Kosten stellen, sondern, dass wir immer auch Spar-Anträge dranhängen, die sie mindestens rechnerisch ausgleichen. Das mag dem einen oder anderen nach unserer konzertierten Sparaktion eventuell als unmöglich erscheinen. Die Zitrone Haushalt 2024 ist doch mehr als ausgepresst.

Also wir haben an manchen Stellen noch eine verwertbare Substanz gefunden oder anders gesagt Projekte identifiziert, bei denen Einsparungen verschmerzbar sind.

Da sind z.B. die Beschaffung und Installation von Plakatbutler für die Teilorte in Höhe von 12.000 € (vgl. S. 35). Natürlich ist es in hohem Maße gerechtfertigt, dass auf diese Weise auf Veranstaltungen auch in den Teilorten hingewiesen wird. In der Kernstadt stehen sie schon länger. Aber: Wenn ich mir die ganze Streichliste nochmals vor Augen führe, gehören diese Plakatbutler ehrlicherweise in die Kategorie „verschieben“.

Wir beantragen, die Beschaffung und Installation von Plakatbutler in Höhe von 12.000 € zu verschieben.

Da sind z.B. die Erneuerung der Sitzbänke im Schulhof der Grundschule Höpfigheim mit Kosten in Höhe von 8.000 € (vgl. S. 44). Die sind wahrlich in keinem guten Zustand. Sie sind für uns – wir haben es vor Ort getestet – aber auch nicht in einem Zustand, der aus unserer Sicht ganz und gar unzumutbar oder gar gefährlich ist und einen sofortigen Handlungsbedarf erforderlich macht.

Wir beantragen, die Erneuerung der Sitzbänke im Schulhof der Grundschule Höpfigheim in Höhe von 8.000 € zu verschieben.

Da ist z.B. der „Outdoor Fitnesspark“, der am Riedstadion entstehen soll und für den 22.000 € vorgesehen sind. Das wäre natürlich eine wunderbare Ergänzung zum sonstigen Angebot auf unserem Sportcampus. Aber auch da stellen wir den Vergleich zu unserer Streichliste an und müssen feststellen: Das gehört nicht in die höchste Prioritätsstufe („muss bleiben“).

Wir beantragen, die Errichtung des Outdoor Fitnessparks mit Kosten in Höhe von 22.000 € zu verschieben.

Da ist zuletzt noch die Neugestaltung des Kinderspielplatzes Schrai Ost. Dafür sind 220.000 € eingestellt (vgl. S. 237). Wir wollen da nichts verschieben. Dieser Spielplatz ist gelinde gesagt z.T. in einem erbärmlichen Zustand. Eine wichtige Spielzone ist aus Sicherheitsgründen durch einen Zaun von der Stadtverwaltung komplett gesperrt. Mit dem übrigen Teil kann man auch keinen Staat mehr machen. Da muss man ordentlich Geld in die Hand nehmen. Wir können uns nur vorstellen, dass die Planung und Ausführung so angelegt wird, dass man hier etwa 20.000 € sparen kann.

Wir beantragen den Ansatz für die Neugestaltung Kinderspielplatz Schrai Ost um 20.000 € zu reduzieren.

So, meine Damen und Herren, das waren unsere Anträge. Sie erinnern sich, dass ich es nicht für einen Zufall hielt, dass unser Haushalt 2024 ausgerechnet in der sog. „Fastenzeit“ beraten wird. Innehalten und Neuorientierung, das sind die wesentlichen Prozesse in dieser Zeit. Und das heißt für uns: Sich nicht wegducken vor den Herausforderungen, vor denen wir in Steinheim stehen, Kraft schöpfen, um sich den Herausforderungen zu stellen und mit neuer Energie und Zuversicht hartnäckig für eine gute Zukunft unserer Stadt Steinheim zu arbeiten. Bis unser Haushalt eine österliche Auferstehung feiert, wird's wohl mehr als drei Tage brauchen. Für dieses spezielle Ziel brauchen wir in dieser speziellen Zeit die Kraft zweier Herzen und eine gelebte demokratische Kultur in unserer Gesellschaft und in unserem Gremium und nicht Hass und Hetze.

Vielen herzlichen Dank.

Die Anträge der Grünen mit Mehraufwand

1. Wir beantragen zum weiteren barrierefreien Ausbau unserer Gehwege 20.000 € bereitzustellen.
2. Zur Verbesserung der Radinfrastruktur beantragen wir weitere 20.000 € im Haushalt bereitzustellen.
3. Wir beantragen, dass die Stadt Steinheim mit 12 Geschäftsanteilen – das sind 3.000 € - Mitglied in der „Bürgergenossenschaft Wohnen“ des Landkreises Ludwigsburg wird.
4. Wir beantragen die Bereitstellung von 10.000 € für eine Kosten-Nutzen-Untersuchung über die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung.

Die Anträge der Grünen mit Einspareffekt

1. Wir beantragen die Beschaffung und Installation von Plakatbutler in Höhe von 12.000 € zu verschieben.

2. Wir beantragen, die Erneuerung der Sitzbänke im Schulhof der Grundschule Höpfigheim in Höhe von 8.000 € zu verschieben.
3. Wir beantragen, die Errichtung des Outdoor-Fitnessparks mit Kosten in Höhe von 22.000 € zu verschieben.
4. Wir beantragen, den Ansatz für die Neugestaltung Kinderspielplatz Schrai Ost um 20.000 € zu reduzieren.

Für die Fraktion B90 / Die Grünen
Rainer Breimaier